

# BESCHLUSS

---

des Präsidiums der FDP, Berlin, 22. August 2005

---

**Das Präsidium der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 22. August 2005 beschlossen:**

## **Für eine moderne, effiziente und bündnisgerechte Bundeswehr**

Liberaler Sicherheitspolitik ist Friedenspolitik! Sie ist wertorientierte Interessenpolitik und basiert auf der Universalität der Menschenrechte und deren weltweiter Geltung, Akzeptanz und Durchsetzung, sowie der sicherheitspolitischen Ausgangs- und Bedrohungslage. Daraus werden die sicherheitspolitischen Interessen, Ziele und Aufgaben abgeleitet und Mittel zur Umsetzung dieser Politik vorgeschlagen.

Auf absehbare Zeit sind Deutschland und Europa im konventionellen Bereich nicht mehr der Gefahr eines militärischen Großangriffs ausgesetzt. Dennoch bestehen Sicherheitsrisiken, zu deren Abwehr es weiterhin einer internationalen Kooperation bedarf. Sie erfordern sowohl den Fortbestand der NATO als auch die Stärkung der EU durch eine zunehmende Integration durch gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, inklusive der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Die NATO ist Ausdruck der Werte- und Verantwortungsgemeinschaft zwischen Europa und Nordamerika und als System kollektiver Verteidigung der Sicherheitsanker für Europa. Liberaler Sicherheitspolitik setzt sich dafür ein, dass die NATO für Europa und die USA unverändert das wichtigste militärische Bündnis bleibt, um unter Wahrung des Gewaltmonopols der UNO angemessen auf die globalen Bedrohungen reagieren zu können. Die FDP unterstützt daher die Transformationsbemühungen der Allianz.

Die FDP will eine gleichberechtigte Sicherheitspartnerschaft im Atlantischen Bündnis. Dafür ist die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf jeden Fall auszubauen. Liberaler Sicherheitspolitik konzentriert sich darauf, Europa in die Lage zu versetzen, Konfliktfällen vorzubeugen und gegebenenfalls schnell, gemeinsam und flexibel zu reagieren. Ziel ist es, durch präventive Diplomatie und andere geeignete Maßnahmen bewaffnete Konflikte zu vermeiden.

Die Bundeswehr ist ein wesentliches Instrument deutscher Friedenspolitik! In dieser Aufgabe hat sie sich, trotz unübersehbarer struktureller Mängel, durch das beispielhafte Engagement ihrer Soldatinnen und Soldaten und deren überdurchschnittlichen Einsatz- und Leistungswillen vielfach bewährt.

Die aktuelle Reform der deutschen Streitkräfte von 2004 ist ein deutlicher Fortschritt gegenüber den Vorstellungen von 2000. Sie entspricht dennoch nicht den sicherheitspolitischen Erfordernissen. Die Effizienz der Bundeswehr ist zu steigern, ihre Ausrüstung und Bewaffnung ist zu modernisieren und die Fürsorge für das

Personal ist in jeder Hinsicht in den Mittelpunkt zu stellen. Deshalb ist eine weitere Reduzierung des Verteidigungshaushaltes zu vermeiden. Deutschland darf im europäischen Vergleich nicht auch bei den investiven militärischen Ausgaben zu den Schlusslichtern gehören.

Deutschland benötigt hingegen hoch motivierte, sehr gut ausgebildete und mit modernster Bewaffnung ausgerüstete Streitkräfte. Sie müssen als Instrument wirkungsvoller Friedenspolitik professionell und flexibel sein, schnell einsetzbar, sowohl im Rahmen der Bündnisverteidigung als auch bei Missionen der Krisenbewältigung, der Terrorbekämpfung, der Friedenssicherung, der humanitären und der Katastrophenhilfe. Hierzu reicht eine erneute Fortschreibung überkommener Strukturen nicht aus.

Die geplante Personalstärke ist noch immer zu hoch und die Einsatzbereitschaft zu niedrig. Verantwortlich hierfür ist vor allem das Festhalten an der Allgemeinen Wehrpflicht, die sicherheitspolitisch seit Jahren nicht mehr begründbar und in ihrer Durchführung zutiefst ungerecht ist. Derzeit müssen von durchschnittlich 422.000 jährlich zur Verfügung stehenden Männern lediglich 70.000 der Wehrpflicht nachkommen (weniger als 17 Prozent). Insgesamt leisten jährlich nur rund 175.000 Männer einen Pflichtdienst (Wehrdienst, Zivildienst oder andere Ersatzdienste), während 247.000 (fast 60 Prozent) ihre zivile Lebensplanung nicht für neun Monate unterbrechen müssen. Deshalb kämpft die FDP für die schnelle Aussetzung der Wehrpflicht und den Umbau der Bundeswehr in eine Freiwilligen-Armee.

Die Bundeswehrstruktur der Zukunft muss den Anforderungen entsprechen, die an die deutschen Streitkräfte gestellt werden. Die Bundeswehr hat uneingeschränkt bündnisfähig zu sein, sie hat den Anforderungen der NATO und der EU voll zu entsprechen.

Aufgrund der sicherheitspolitischen Lage, des Gewinns umfassenderer Sicherheit durch die erheblichen Erweiterungen von NATO und EU, ist der von der Weizsäcker-Kommission 2000 ermittelte Personalumfang von 240.000 Soldatinnen und Soldaten die Obergrenze. Die derzeitige Personalstruktur der Bundeswehr mit ihren knapp 190.000 Zeit- und Berufssoldaten sowie etwa 30.000 freiwillig länger Wehrdienst leistenden Wehrpflichtigen (also Kurzzeitsoldaten) lässt einen zukünftigen Personalumfang von 220.000 freiwilligen Soldatinnen und Soldaten wahrscheinlicher erscheinen.

Die Zahl der zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bundeswehr muss entsprechend der sich reduzierenden Unterstützungsleistung für den militärischen Bereich auf maximal 80.000 zurückgeführt werden, wie bereits jetzt schon geplant.

Zur Wahrung unserer nationalen Interessen einerseits sowie zur Vermeidung einer Überforderung der Bundeswehrangehörigen durch Einsätze im Rahmen der UN, der OSZE, der NATO und der EU andererseits müssen davon mindestens 150.000 zur Krisenreaktion bzw. für humanitäre, Frieden erhaltende und Frieden schaffende Einsätze befähigt sein, und zwar sowohl von der Struktur her als auch in Bezug auf Ausbildung und Bewaffnung. Das bedeutet allerdings nicht, dass zukünftig deutsche Soldatinnen und Soldaten an allen denkbaren Auslandsmissionen teilnehmen sollen. Jeglicher Automatismus ist abzulehnen. Im Gegensatz zu der Militärangebotspolitik der rot-grünen Bundesregierung wird die FDP ihre bereits früher erfolgreich

praktizierte Kultur der Zurückhaltung zur Grundlage der von ihr bestimmten Außen- und Sicherheitspolitik machen. Der Einsatz von Streitkräften muss die Ausnahme bleiben, er kann und darf Politik nicht ersetzen.

Durch die Aussetzung der Wehrpflicht ergibt sich eine erneute strukturelle Veränderung der Streitkräfte. Im Gegensatz zu allen bekannten Strukturplänen fordert die FDP folgende Zielvorgabe für die Bundeswehr: neben den 150.000 aktiven Soldatinnen und Soldaten der Einsatzkräfte gehören 65.000 den Basiskräften an.

Beginnen muss die Neustrukturierung bei der höchsten Führungsebene, dem Bundesministerium der Verteidigung. Das Ministerium muss von allen Aufgaben entlastet werden, die nicht ministerieller Natur sind. Eine Vielzahl der dort heute wahrgenommenen Tätigkeiten ist in die Ämter- bzw. Führungskommandoebene auszugliedern, wodurch die Arbeitsabläufe erheblich beschleunigt würden. Die Gliederung des Ministeriums in eine militärisch und eine zivil geführte Hauptabteilung würde nicht nur Organisation und Führung straffen, sondern darüber hinaus Personal und Kosten einsparen und die Effizienz erheblich steigern. Überprüft werden muss weiterhin die Anzahl der Führungsebenen und die Notwendigkeit der Vielzahl von Ämtern, Stäben und Führungskommandos. Es ist überdies nicht einzusehen, dass bei einer halbierten Personalstärke der Bundeswehr die hochdotierten Dienstposten der Besoldungsklasse B zugenommen haben. Hier ist gegen zu steuern.

Im Gegensatz zu allen bisherigen Überlegungen und Plänen sollte eine Trennung von der zukünftig hochgradig professionellen Einsatzarmee und den Einheiten/Verbänden vollzogen werden, in denen größtenteils Reservisten eingesetzt werden. Neu aufzustellen ist also eine Territorialarmee, die sich aus 5.000 aktiven Soldatinnen und Soldaten sowie 55.000 Reservisten zusammensetzt. Die Territorialarmee ist in allen Bundesländern zu stationieren und diesen patenschaftlich zuzuordnen. Je nach Größe des Bundeslandes sollte es sich dabei um Kompanien, Bataillone, Regimenter und Brigaden handeln. Vorrangige Einsatzmöglichkeiten der Territorialarmee sollten humanitäre und Katastrophenhilfe sowie der militärisch relevante Objektschutz sein. Selbstverständlich muss die Territorialarmee befähigt sein, im Fall der Landes-/Bündnisverteidigung eingesetzt werden zu können oder als Keimzelle einer größeren Mobilmachung zu fungieren.

Strikt zu trennen sind jedoch die Aufgaben von Polizei und Bundeswehr. Die FDP schließt die Übernahme polizeilicher Aufgaben im Innern durch die Bundeswehr aus. Die Bundeswehr ist keine Hilfspolizei. Für einen großflächigen und regelmäßigen Einsatz im Innern sind die Streitkräfte nicht geschaffen und nicht ausgebildet. In den Fällen des Artikels 35 Grundgesetz darf die Polizei bereits heute im Wege der Amtshilfe auf die Mitwirkung der Bundeswehr zurückgreifen. Dabei soll es bleiben. Natürlich hat der Rechtsstaat die selbstverständliche Pflicht, die innere Sicherheit zu gewährleisten. Für die FDP bedeutet dies vor allem, bestehende Gesetze konsequent anzuwenden und Sicherheitsbehörden optimal auszustatten.

Seit mehr als einem Jahrzehnt fordert die FDP eine umfassende Privatisierung der Bereiche der Bundeswehr, die sich als sinnvoll und möglich erweisen, natürlich abseits der militärischen Kernaufgaben. Etwa 43 Prozent des Verteidigungshaushaltes (10,5 Mrd. Euro) werden jährlich in „Servicebereichen“ der Streitkräfte aufgewendet, die nicht zu den klassischen militärischen Kernfähigkeiten

zählen. Es handelt sich hierbei z. B. um die logistischen Teilbereiche Materiallagerung und -bewirtschaftung, Instandsetzung, Transport sowie Verpflegung, um die Fahrschul Ausbildung, das Bekleidungs- und das Krafftahrtwesen, um den Mobilfunk, Kommunikation/IT und das Liegenschaftsmanagement. Hier bietet sich ein weites Feld, die Kooperation mit der Wirtschaft deutlich zu intensivieren. Ziel muss es sein, die Betriebskosten weiter zu senken und die so erzielten Einsparungen für Investitionen im Ausrüstungsbereich einzusetzen.

Die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (g.e.b.b.) hat viele Ideen der FDP aufgegriffen. Trotz der guten Ideen und des positiven Ansatzes war ihre anfängliche politische und operative Umsetzung dilettantisch und hat bei der Truppe und der Verwaltung gleichermaßen zu Ablehnung geführt. Nach diesen Startschwierigkeiten hat sie zwischenzeitlich jedoch unter Beweis gestellt, dass Kooperationsmodelle oder Privatisierungen der richtige Weg zur Steigerung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Bundeswehr sind. Die FDP wird sich dafür einsetzen, wo immer sinnvoll und erforderlich, betriebswirtschaftliche Maßstäbe noch stärker in den Streitkräften und bei der Wehrverwaltung anzuwenden und die Rahmenbedingungen für Wirtschaftskooperation zu verbessern. Die g.e.b.b. muss hinsichtlich Auftrag, Struktur und Unternehmensführung den künftigen Herausforderungen angepasst werden.

Liberaler Sicherheitspolitik will eine Bundeswehr der Zukunft, die in hohem Maße so attraktiv ist, dass leistungsbereite junge Menschen sich in ausreichender Zahl freiwillig für den Dienst in den Streitkräften entscheiden. Die FDP fordert ein eigenes Besoldungsrecht für Soldaten, das den Sicherheitsrisiken dieses Berufes besonders Rechnung trägt, und eine Anpassung der Versorgungsregeln an die besonderen Risiken der neuen Aufgabenfelder der Bundeswehr. Darüber hinaus ist das Laufbahnrecht grundlegend zu überarbeiten und den strukturellen Notwendigkeiten anzupassen.

Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr müssen unverzüglich und umfassend modernisiert werden - zum Schutz unserer Soldaten und zur Wirkungssteigerung im Einsatz. Alle Rüstungsprogramme gehören auf den Prüfstand. Die Planungszahlen für die Beschaffung sind den Erfordernissen der Struktur einer Freiwilligen-Armee inklusive Territorialarmee anzupassen. Der Ansatz für investive Ausgaben muss so schnell wie möglich auf 30 Prozent angehoben werden.

Bei der Ausplanung ihrer Strukturgrundsätze wird die FDP auch externen Sachverstand nutzen.